

**Beteiligung – Qualitätsstandard für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung**

# **Projektbericht I**



Prof. Dr. Mechthild Wolff  
Sabine Hartig  
Mai 2005



# Inhalt

<b>I. Einleitung .....</b>	<b>3</b>
<b>II. Zum Stand der Partizipationsdiskussion von Kindern und Jugendlichen in Deutschland... 4</b>	<b>4</b>
1. Entwicklungen in der Bundespolitik.....	4
2. Entwicklungen auf kommunalpolitischer Ebene .....	5
3. Entwicklungen in der Schule .....	6
4. Entwicklungen in den Medien .....	7
5. Entwicklungen in der Heimerziehung .....	9
5.1 Zur Geschichte der Partizipation in der Heimerziehung .....	9
5.2 Zu den Trendthemen der Partizipationsdebatte in der Heimerziehung .....	11
Beteiligung als Konzept:.....	11
Beteiligung als Qualitätsstandard:.....	12
Beteiligung im Verfahren der individuellen Hilfeplanung:.....	12
<b>III. Zum Stand der Forschung zur Partizipation in der Heimerziehung - Ergebnisse aktueller Studien und Entwicklungsprojekte .....</b>	<b>13</b>
1. Partizipation im Kontext erzieherischer Hilfen – Anspruch und Wirklichkeit (DJI 2003).....	14
2. Entwicklungen (teil)stationärer Hilfen zur Erziehung (DJI 2005) .....	15
3. Partizipation in der Heimerziehung – PartHe (Bayerisches Landesjugendamt 2004).....	17
4. „Erziehung braucht eine Kultur der Partizipation“ (Diakonieverbund Schweicheln e.V./FH Münster) .....	18
<b>IV. Zugang und Methoden des Forschungs- und Entwicklungsprojekts „Beteiligung – Qualitätsstandard in der Heimerziehung“ .....</b>	<b>20</b>
1. Zugang des Projekts .....	20
2. Ziel des Projekts.....	21
3. Methoden des Projekts .....	22
<b>V. Literatur .....</b>	<b>23</b>

---

## Projektbericht I

Wolff, Mechthild/Hartig, Sabine (2005): Beteiligung – Qualitätsstandard für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung.

## **I. Einleitung**

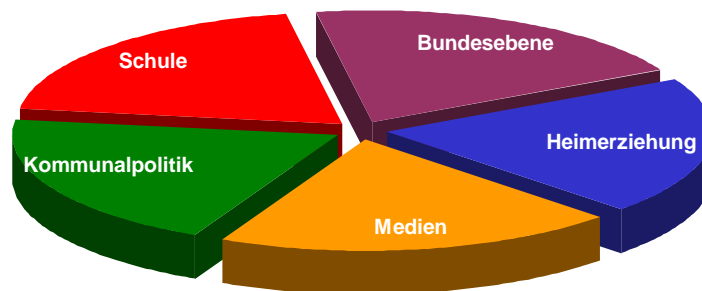
Auf internationaler Ebene findet in den letzten Jahren eine verstärkte zivilgesellschaftlich motivierte Debatte über die Umsetzung der Rechte von Kindern statt. Die internationalen und nationalen Bemühungen zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention sind ein Meilenstein dieser Entwicklungen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Beteiligungsrechten von Kindern und Jugendlichen zu. In Deutschland findet in den letzten Jahren insbesondere zum Thema Partizipation von Kindern und Jugendlichen eine intensive Debatte in allen Bereichen der Bildung und Erziehung statt und viele Bemühungen zu Möglichkeiten der Umsetzung einer besseren Beteiligung werden unternommen.

In Deutschland wurde das europäische Projekt Quality4Children mit großem Interesse von SOS Kinderdorf e.V. und der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen e.V. (IGfH) aufgenommen. Die deutschen Kooperationspartner der europäischen InitiatorInnen konzipierten Anfang 2005 ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt, in dem Qualitätskriterien der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung aus der Sicht von Jugendlichen erarbeitet und in der Praxis der Heimerziehung befördert werden sollen. Das Projekt wurde Mitte Februar an der University of Applied Sciences Landshut in Niederbayern, Fachbereich Soziale Arbeit eingerichtet und steht unter der Leitung von Prof. Dr. Mechthild Wolff. Dipl.-Sozialpädagogin (FH) Sabine Hartig arbeitet als Mitarbeiterin an der konkreten Umsetzung.

Im folgenden Beitrag soll es darum gehen, den derzeitigen Stand der Partizipationsdebatte in verschiedenen Bereichen der Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu skizzieren. Unsere Beobachtungen und Erkenntnisse sind erste Ergebnisse unserer Literaturrecherche, die wir seit Mitte Februar unternommen haben. Im Anschluss an die bundespolitischen Entwicklungen wollen wir genauer auf den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe eingehen. Wir haben dieses Vorgehen gewählt, um dann abschließend unser Anliegen und unseren Zugang zur Frage der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung im Rahmen unseres Forschungs- und Entwicklungsprojekts transparent nachzuzeichnen.

## II. Zum Stand der Partizipationsdiskussion von Kindern und Jugendlichen in Deutschland

Das Thema liegt in vielen Bereichen sozusagen „in der Luft“ und wird auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert. Wir möchten auf einige Entwicklungen in diesem Feldern aufmerksam machen.



### 1. Entwicklungen auf der Bundesebene – nationale Initiativen

Im Jahr 2002 führten die Ergebnisse der alle drei Jahre in Deutschland stattfindenden Repräsentativbefragung von Jugendlichen, die von der Deutschen Shell durchgeführt wird, zu der Einschätzung, dass die deutsche Jugend „politikverdrossen“ sei und eine pragmatische und materialistische Grundeinstellung habe. Gleichzeitig wurde aber eine Jugendgeneration vorgestellt, die keinesfalls an politischen und gesellschaftlichen Belangen desinteressiert ist (vgl. u.a. 14. Shell Jugendstudie, Deutsche Shell Holding GmbH 2002). Bei näherer Betrachtung wurde aber offenkundig, dass die Jugendlichen Möglichkeiten eingeräumt bekommen wollen, um sich auf ihre Art zu beteiligen, denn ihrer Einschätzung nach lassen dies die von Erwachsenen vorgegebenen und für Jugendliche schwer zu durchschauende Beteiligungsstrukturen nur bedingt zu. Auch eine Enquete-Kommission zum bürgerschaftlichen Engagement in Deutschland stellte im selben Jahr heraus, dass Jugendliche nach Information und konkreten Möglichkeiten verlangen, um sich zu engagieren und zu beteiligen (vgl. Enquete-Kommission 2002). Ein Jahr zuvor hatten Jugendliche diese Forderung auch im *Weißbuch Jugendpolitik* der Europäischen Kommission mit dem Titel „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ erhoben. Jugendliche forderten darin die Vertragsstaaten auf, Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass sie über die sie betreffenden Belange informiert werden, dass sie mitreden und in das öffentliche Leben einbezogen werden wollen. Sie beanspruchen zu-

dem in ihrem Status als StaatsbürgerInnen anerkannt zu werden und verlangen nicht nur die Teilnahme und Teilhabe an eigenen und selbstbestimmten Räumen, sondern auch die Teilhabe an Zukunftschancen, die sich für sie in einem zusammenwachsenden Europa bieten (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2001).

Die Deutsche Bundesregierung reagierte auf die Erkenntnisse aus den Studien mit der Initiierung einer großen öffentlichkeitswirksamen Kampagne. Auf Initiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) wurde das bundesweit angelegte „Projekt P - *misch dich ein*“ konzipiert, das Organisationen finanziell fördert, die Lernorte für ein demokratisches Miteinander, für Beteiligung und bürgerschaftliches Engagement für Jugendliche schaffen. Im Rahmen der verschiedenen Initiativen soll bis Anfang 2006 erreicht werden, dass sich junge Menschen zwischen 12 und 21 Jahren für politische Themen interessieren, sich für ihre Interessen engagieren und sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen (mehr Informationen unter: [www.projekt-p.de](http://www.projekt-p.de)).

Auf Bundesebene gibt es darüber hinaus viele Aktivitäten und Organisationen, die sich mit der Umsetzung und Stärkung von Kinderrechten befassen, bei denen die Beteiligung jedoch nur einen Aspekt unter anderen darstellt. Besonders hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die National Coalition ([www.national-coalition.de](http://www.national-coalition.de)), die im Jahr 1995 zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland gegründet wurde. Sie stellt ein Netzwerk von fast 100 Organisationen dar, die sich für die Rechte von Kindern in Deutschland einsetzen. Auch das Deutsche Kinderhilfswerk ([www.dkhw.de](http://www.dkhw.de)) befördert diese Entwicklungen, viele weitere Informationen zum Thema Kinderrechte finden sich unter [www.kinderpolitik.de](http://www.kinderpolitik.de).

**Fazit:** Von Seiten der Politik wird die Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit der Vision einer Zivilgesellschaft verbunden. Erziehung und Bildung zielen in Richtung eines demokratisch verfassten und selbstbestimmten Gemeinwesens, das von mündigen BürgerInnen gestaltet wird. Politik und Pädagogik hängen demnach eng miteinander zusammen und es darum kein Zufall, dass gerade in der Bundespolitik das Thema Partizipation hoch angesiedelt und mit vielen Erwartungen verbunden ist.

## **2. Entwicklungen auf kommunalpolitischer Ebene**

Seit den 90er-Jahren gibt es von Seiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend viele Bestrebungen, insbesondere im Bereich der Kommunalpolitik, aber auch in Verbänden und Bildungseinrichtungen Daten über die Beteiligung von Kindern in die-

sen Bereichen zu erheben, aber auch Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche zu etablieren (vgl. BMFSFJ 1999a; 1999b). Gerade in der lokalen Politik etablieren sich verstärkt Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern- u. Jugendlichen im lokalen Raum, auf regionaler und lokaler Ebene. Kinder werden hier in Entscheidungsprozessen, die sie betreffen beteiligt (vgl. Bartscher1998; vgl. Knauer et al 2003). Die Ausformungen und Angebote sind von Ort zu Ort sehr unterschiedlich, es gibt auch Regionen, in denen es bislang keine oder wenig diesbezügliche Initiativen gibt. Die verbreiteten Beteiligungsformen lassen sich zusammenfassend wie folgt darstellen:

- **Repräsentative Beteiligungsformen** (Jugendgemeinderäte, Jugendstadträte, Jugendbeiräte, Stadtteiljugendräte, Kinder- und Jugendparlamente);
- **Offene Beteiligungsformen** (Kinder- und Jugendforen, Jungbürgerversammlungen, Kinderkonferenzen, Jugend-Hearings);
- **Projektorientierte Beteiligungsformen** (z.B. betreffend der Gestaltung von Spiel- und Freizeitflächen etc.);
- **Vertretung von Kindern und Jugendlichen in Erwachsenengremien**, teilweise sogar mit Stimmrecht (z.B. in Stadtteilarbeitskreisen, runden Tischen, Bürgerinitiativen und sonst. kommunalen Planungsgruppen);
- **Kontaktmöglichkeiten mit PolitikerInnen** (Sprechstunden, Rathausbesuche, sonstige Gesprächsmöglichkeiten).

Auf kommunaler Ebene werden derzeit Modellprojekte finanziell gefördert, welche die Entwicklung und Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen unterstützen. Als Beispiel sei hier das bundesweite „*Projekt mitWirkung!*“ der Bertelsmann Stiftung genannt. Das Projekt unterstützt Städte und Gemeinden, die dezidierte Rahmenbedingungen für ein gesellschaftspolitisches Engagement junger Menschen schaffen (nähere Infos dazu unter: [www.mitwirkung.net](http://www.mitwirkung.net)).

**Fazit:** Bei den Kommunen ist angekommen, dass sie Standortsicherung betreiben müssen. Viele ländliche und kleinstädtische Regionen haben derzeit mit der Abwanderung von Menschen zu kämpfen. Vor diesem Hintergrund geht es bei der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalpolitik auch darum, diese als BürgerInnen erst zu nehmen und ihre Region für sie attraktiv zu gestalten.

### 3. Entwicklungen im Schulbereich

Die Schule stellt für Kinder und Jugendliche einen immer wichtiger werdenden Lebensort dar. Ein Grund dafür besteht in der Funktion der Schule, denn die Institution Schule stellt wichtige Weichen für die Biografie der Kinder, d.h. sie entscheidet über die späteren beruflichen

Chancen und damit über gesellschaftliche Teilhabechancen. Ein weiterer Grund besteht darin, dass sich gerade im Zusammenhang mit der Diskussion um die Ganztagschule die Aufenthaltszeiten für Kinder und Jugendliche in dieser Institution verlängern. Problemlagen können hier offen und gebündelt zutage treten.

Die Institution Schule stellt aber für Kinder nicht nur einen Lebens-, sondern auch einen entscheidenden Lernort im Hinblick auf das soziale Zusammenleben mit anderen und damit auch für Formen der Beteiligung dar. Vor dem Hintergrund unserer demokratischen Grundordnung werden Kindern und Jugendlichen im Schulgesetz generelle Mitwirkungsrechte im Sinne der Schülerselbstverwaltung ab der Klasse fünf eingeräumt. Mitwirkung muss aber auch im Unterricht und Schulleben ein Strukturprinzip darstellen. Gerade in der Lehrerfortbildung und in der Schulentwicklung nimmt die Diskussion neuer Methoden der Partizipation einen breiten Raum ein. Partizipation wird gerade in der Schule durch eine Didaktik befördert, die die Eigenverantwortung von Schülerinnen stärkt und die ihnen die Möglichkeit gibt, Einfluss auf den Schulalltag zu nehmen. Beispielhaft seien hier genannt: Erstellen eigenständiger Recherchen und Datenerfassung (Messen) im Team, selbstständige Umfragen unter SchülerInnen, Gestaltung der internen Öffentlichkeitsarbeit, moderierter Veranstaltungen, Zukunftswerkstätten und Podiumsdiskussionen, aber auch in den offiziellen Mitwirkungsgremien der Schule oder in Form von Schülerzeitungen.

Im schulischen Bereich wird das Thema Schülermitwirkung auf nationaler Ebene unterstützt und forciert durch Projekte wie z.B. das Schulentwicklungsprogramm: „*Demokratie lernen und leben – Utopie oder Wirklichkeit?*“ der Bund-Länder-Kommission (BLK).

**Fazit:** Die Institution Schule hat einen wichtigen Auftrag im Hinblick auf das Erlernen demokratischer Spielregeln und ihr kommt ein wichtiger Part zu, Kindern mit den nötigen Voraussetzungen auszustatten, so dass sie in die Lage versetzt werden, partizipieren zu wollen und zu können. Die Institution Schule ist mit dieser hohen Anforderung aber derzeit überfordert, so dass die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe (insbesondere Schulsozialarbeit) einen wichtigen Stellenwert in der Diskussion einnimmt.

#### **4. Entwicklungen in den Medien**

Aus der Jugend- und Kindheitsforschung wissen wir, dass Medien zu einer wichtigen Sozialisationsinstanz geworden sind. So verweist beispielsweise die Shell-Jugendstudie auf eine Erhebung aus dem Jahr 2001 (Internet-Monitor-Euro.net), die feststellte, dass 80% der 14-

bis 17-Jährigen das Internet genutzt haben (Deutsche Shell 2002, S. 224). Dies haben nicht nur ProduzentInnen, sondern auch große Wirtschaftskonzerne wahrgenommen, denn Kinder gelten längst als eine eigene Kundengruppe. Dies ist die eine Seite der Medaille, auf der anderen steht, dass Kinder aber auch partizipieren können – allerdings mit einem wirtschaftlichen Interesse im Hintergrund. So existiert in Deutschland ein eigener TV-Kinderkanal (KiKa), der auch von Kindern mitgestaltet wird, auf Kinder- und Jugendseiten der Tagespresse können Kinder über ihre eigenen Belange schreiben oder schreiben lassen und im Internet existieren viele Foren, die Kindern und Jugendlichen Informationen und die Möglichkeit zum Austausch und der Meinungsäußerung bieten. So erhalten beispielsweise Kinder auf der Seite des Deutschen Kinderhilfswerks unter [www.kindersache.de](http://www.kindersache.de) Infos über Kinderrechte und sie können im Gästebuch von Kinder haben Rechte e.V. ([www.kinderrechte.de](http://www.kinderrechte.de)) ihre Meinung und Fragen zum Thema Kinderrechte abgeben.

Unter [www.deine-rechte.de](http://www.deine-rechte.de) meint die Aktion Jugendschutz Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg: „Je älter du wirst, desto mehr Freiheiten willst du und desto mehr hast du auch. Die meisten Angelegenheiten und Fragen werden im Jugendschutz geregelt. Auf dieser Seite kannst du dich über deine Rechte als Jugendlicher informieren und über deine Möglichkeiten sie zu nutzen“ und beantwortet die häufigsten Fragen zum Thema Jugendschutz (nähere Infos unter: [ajs-bw.de/faq.html](http://ajs-bw.de/faq.html)).

Eine weitere Initiative im Internet zum Thema Partizipation hat die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gestartet. Sie will in einer online-Befragung im Internet von Jugendlichen wissen: „Wer mischt wo mit und warum?“ ([www.grafstat-daten.uni-muenster.de/wewowa.htm](http://www.grafstat-daten.uni-muenster.de/wewowa.htm)). Zudem will die bpb in Zusammenarbeit mit der Universität Münster mit dem Projekt "PlebisCity" die Möglichkeit bieten, die Potentiale Jugendlicher aufzugreifen und sie zu motivieren, ihre Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen in die Gestaltung des Stadtlebens einzubringen. Die Jugendlichen selbst sollen in Schule und außerschulischer Jugendarbeit mit Hilfe der Umfrage-Software GrafStat eine aktivierende Befragung zu einem von ihnen ausgesuchten Thema durchführen. GrafStat ist eine praxiserprobte Software für einfache sozialwissenschaftliche Umfragen, entwickelt von der Universität Münster.

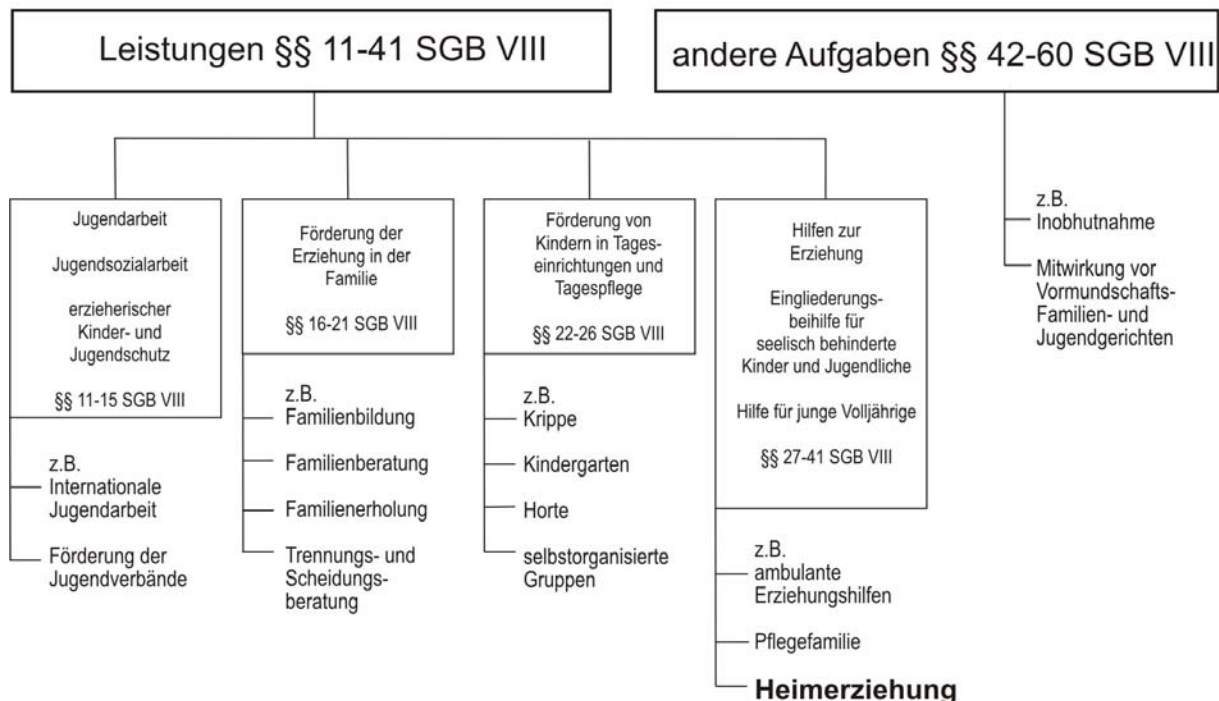
**Fazit:** Das Internet stellt eine wichtige Ressource dar, um Informationen zum Thema Partizipation unter Kindern und Jugendlichen zu verbreiten und um zum Meinungs austausch darüber anzuregen. Kritisch muss man allerdings einräumen, dass gerade das Internet auch viele Möglichkeiten des Missbrauchs bietet und dass dieses Medium – wie auch alle anderen Medien – nicht frei von wirtschaftlichen Interessen sind.



## 5. Entwicklungen in der Heimerziehung

Das Arbeitsfeld der Kinder-, Jugendhilfe- und Familienhilfe ist in Deutschland komplex und zergliedert. Das nachfolgende Schaubild zeigt einen Überblick über das Gesamtsystem mit den dazu gehörigen Paragraphen aus dem derzeit geltenden Sozialgesetzbuch SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz KJHG) und verortet dabei die Heimerziehung (§ 34) als Teilbereich innerhalb der „Hilfen zur Erziehung“ (§§ 27ff). Im Folgenden wollen wir dann kurz einige geschichtliche Eckpunkte der Debatte um die Beteiligung in der Heimerziehung skizzieren und schließlich Themen aufzeigen, die dafür kennzeichnend sind.

### Leistungen und andere Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe §§ 11-60 SGB VIII



### 5.1 Zur Geschichte der Partizipation in der Heimerziehung

Das Thema Beteiligung in der Heimerziehung kann nicht unabhängig von großen charismatischen Pädagogen in der Geschichte, wie beispielsweise Janusz Korczak und Anton Makarenko (vgl. Langhanky 1999; Hillig, G. 1999) und den vielen pädagogischen Experimenten beispielsweise in Form von Kinderrepubliken (vgl. Kamp 1995) verstanden werden. Gerade in der Reformpädagogik finden sich viele Erziehungsgrundsätze, die der Befähigung zur Partizipation eine besondere Wichtigkeit einräumen, so beispielsweise in dem prominenten Satz von Maria der Montessori „Hilf mir, es selbst zu tun!“.

In Deutschland ist die Geschichte zudem geprägt von den politischen und sozialen Diskussionen, die von den Söhnen und Töchtern der Kriegsgeneration des Zweiten Weltkriegs auf-

gebracht wurden. Die sogenannte „68´er-Generation“ kritisierte eine Elterngeneration, die nach einem Erziehungskonzept erzogen worden war, das auf Autorität und Gehorsam basierte und das letztlich die zerstörerische Kraft des deutschen Nationalsozialismus hervorgebracht hatte. Die junge Generation der „68-er“ forderte eine Erziehung zur Mündigkeit (vgl. Adorno 2000) und damit auch zum Widerstand und zur Kritikfähigkeit und wollte Abschied von alten Konventionen und Werten nehmen. Auch die damalige Form der Heimerziehung geriet ins Visier der studentischen AktivistInnen und führte in einigen Zentren in Deutschland zu einer „Heimrevolte“, die nicht ohne Folgen blieb (vgl. IGfH 2000). Nicht zuletzt führte die bereits Ende der 60´er-Jahre massiv geäußerte Kritik an der Heimerziehung zu einem im Jahr 1977 veröffentlichten Bericht der Kommission Heimerziehung, der von den Obersten Landesjugendbehörden und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Auftrag gegeben worden war (vgl. IGfH 1977). Kritisiert wurde die „Anstaltserziehung mit Verwahrcharakter“ und „schwarzer Pädagogik“, das schlecht ausgebildete Personal, eine hohe Fluktuation unter den MitarbeiterInnen, eine schlechte Versorgung und die mangelnden Zukunftsperspektiven der HeimbewohnerInnen. Dieser Bericht löste eine tiefgreifende Reform der Heimerziehung und der Jugendhilfe aus und führte insbesondere im Land Hessen zur Formulierung von Grundrechten für die Heimerziehung (vgl. IGfH 2000). Im Land Hessen wurde die Demokratisierung in der Heimerziehung vorangetrieben und Heimräte wurden als fester Bestandteil der Struktur in vielen Heimen etabliert (vgl. Peters 1999). Die Heimräte wurden zudem in einem landesweiten Gremium zusammengeschlossen (vgl. Wolff 1995).

Ein weiterer wichtiger Eckpunkt in der Diskussion um die Beteiligung in der Heimerziehung stellt die Reform des KJHG Anfang der 90´er-Jahre des letzten Jahrhunderts dar. Dem Thema Beteiligung wurde hierdurch erneut Aufmerksamkeit geschenkt, zumal im Sozialgesetzbuch VIII einige Beteiligungsverpflichtungen von Kindern und Jugendlichen gesetzlich festgeschrieben wurden (§§ 5, 8, 11, 12, 17, 18, 36, 80 SGB VIII), dazu gehört vor allem das *Wunsch- und Wahlrecht*, das allgemeine *Recht auf Beteiligung* sowie das *Recht auf Beteiligung im Rahmen der Hilfeplanung*. Diese Rechte wurden nicht nur aufgrund der deutschen Debatten aufgenommen, sondern sie stellten auch vor dem Hintergrund der völkerrechtlich verbindlichen Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen, aber auch des Europäischen Übereinkommens über die Rechte von Kindern eine gesetzliche Notwendigkeit dar. Damit kommt das Bemühen zum Ausdruck, Kinder und Jugendliche nicht mehr nur als Objekte von Planungen und Entscheidungen zu sehen, sondern sie als Träger subjektiver Rechte ernst zu nehmen und ihre Wünsche und Bedürfnisse zu berücksichtigen.

Einschränkend muss man jedoch einräumen, dass sie bislang in Deutschland über kein eigenes Antragsrecht verfügen, um Leistungen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe einzufordern, denn nach wie vor wird dieses Recht ausschließlich den Personensorgeberechtigten eingeräumt. Einschränkend muss man zudem bemerken, dass auch die Kinderrechtskonvention als völkerrechtlich verbindliches Regelwerk keine Möglichkeiten der Klage im Falle der Nicht-Einlösung von Kinderechten bietet.

## **5.2 Zu den Trendthemen der Partizipationsdebatte in der Heimerziehung**

Unsere Literaturrecherche ergab, dass sich in der Fachöffentlichkeit in den vergangenen Jahren zentrale Themen im Zusammenhang mit der Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung herauskristallisiert. Nicht nur finden sich zu diesen Themen viel zitierte Publikationen, sondern es werden – wie im Fall der Hilfeplanung – große Studien in Auftrag gegeben. Im Folgenden haben wir folgende Trendthemen sondiert:

### ***Beteiligung als Konzept:***

Ende der 90´er-Jahre des letzten Jahrhunderts finden sich viele konzeptionelle Debatten zur Verbesserung der Beteiligungspraxis in der Heimerziehung. Ziele der Beteiligung werden operationalisiert und die Notwendigkeit der Einlösung aufgrund des gesetzlichen Auftrags wird erhoben. So beschließt beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter bereits im Jahr 1998 ein Positionspapier "Beteiligung von Kindern und Jugendlichen" (vgl. BAGLJÄ 1998), in dem weitreichende Forderungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der gesamten Jugendhilfe erhoben werden. Für den Heimbereich wird die Institutionalisierung von Heimräten, aber auch weitgehende Mitwirkungsrechte im Rahmen der individuellen Hilfeplanung sowie der Alltagsgestaltung in der Heimerziehung gefordert.

In dieser Zeit finden sich auch einige Veröffentlichungen, die gute Beispiele für die Beteiligungspraxis im Heim dokumentieren (vgl. Kriener/Petersen 1999; Kriener 1999:), wie zum Beispiel der Versuch in einem Träger das Konzept der „Gerechten Gemeinschaften“ nach Lawrence Kohlberg, mit dem gerade in Nordamerika gute Erfahrungen in Schulen und im Jugendstrafvollzug gemacht wurden, im Heimbereich umzusetzen (vgl. Sohst-Westphal 1999). Diesen Praxisbeispielen ist gemein, dass sie Partizipation als Hebel für die Demokratisierung im Heimbereich verstehen, aber auch gleichzeitig den Heimbereich als Lernfeld für mehr Demokratie herausstreichen (siehe dazu auch Nerlich 1996).

Den seit Jahren geführten Diskurs hat die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) mit einem gerade veröffentlichten Positionspapier mit dem Titel „Kinderrechte in der

Erziehungshilfe“ erneut aufgegriffen. Das vielfach verbreitete Papier zeigt konkret auf, welche Schutz- und Beteiligungsrechte in den Hilfen zur Erziehung gewährleistet, aber auch ausgebaut werden müssen. Aussagen werden getroffen zu rechtlich-gesellschaftlichen, zu organisatorisch-strukturellen, aber auch zu professionell-konzeptionellen Aspekten gemacht. Herausgestrichen wird u.a. die Notwendigkeit, Beteiligungsrechte in den landesrechtlichen Vorschriften zu verankern, gewählte Interessenvertretungen in den Heimen zu schaffen, MitarbeiterInnen für diese Aufgabe zu qualifizieren und Partizipation zu einem Bestandteil der Leitbildentwicklung in Jugendämtern und bei Trägern festzuschreiben (nähere Infos dazu unter: [www.igfh.de/](http://www.igfh.de/)).

### ***Beteiligung als Qualitätsstandard:***

Ein weiteres Thema findet sich in der Diskussion um die Forderung, Beteiligung als Qualitätsstandard in der Heimerziehung zu etablieren (vgl. Blandow/Gintzel/Hansbauer 1999). In der selben Zeit finden intensive Diskussionen zum Qualitätsmanagement in der Jugendhilfe statt, mit dem eine Leistungssteigerung, aber auch eine transparentere Beschreibung von erbrachten Leistungen durch die Träger verbunden sind. Ausgangspunkt der Diskurse um Leistungsbeschreibungen war – so muss man rückblickend wohl resümieren – eine Jugendhilfelandchaft, die auch unter Rechtfertigungsdruck gesetzt wurde aufgrund steigender Kosten. Die aufkommende Forderung, Partizipation als Qualitätsmerkmal auszuweisen, hatte damit auch das Ziel, nicht nur die Betroffenen zu stärken, sondern Qualität aus der Perspektive der Betroffenen zu denken.

Trotz all dieser Bemühungen gibt es kritische Einschätzungen, die zu dem ernüchternden Ergebnis kommen, dass sich trotz der vielen Ansätze, das Thema der Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe zu verankern „...die Bemühungen und Projekte zur Durchsetzung von mehr Beteiligung vorrangig auf den allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Raum beziehen. Es geht um die Gestaltung von Lebensräumen unter dem Aspekt von mehr Kinderfreundlichkeit. Weniger beachtet wird die Stärkung der Rechte von Kindern und ihre Beteiligung im Rahmen der Erziehungshilfen.“ (Schäfer 1999, S. 81) Auszugehen ist davon, dass Beteiligungsformen für junge Menschen in den Leistungsbereichen der Jugendhilfe bis dato unterschiedlich stark ausgeprägt sind, so dass ein Entwicklungsbedarf, insbesondere was die konkrete Umsetzung betrifft, besteht.

### ***Beteiligung im Verfahren der individuellen Hilfeplanung:***

Eine intensive Diskussion findet sich derzeit über die Verbesserung der Hilfeplanung nach § 36. In der Praxis hatte sich gezeigt, dass die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, aber auch von Eltern gerade aufgrund der strukturell angelegten Gradwanderung zwischen Hilfe

und Kontrolle (vgl. Urban 2004) gerät an ihre Grenzen zu stoßen (vgl. dazu auch DV 1998). Vielfach wird gerade in der Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der individuellen Hilfeplanung ein wichtiger Indikator für die Umsetzung von Beteiligung gesehen, so heißt es beispielsweise: „Dieses Verfahren wird in der Fachöffentlichkeit als wichtigster Prüfstein einer ernsthaften Partizipation von Adressaten gesehen“ (DJI 2003, S. 26). Festgestellt wird zudem, dass sich bei der individuellen Hilfeplanung die Vielschichtigkeit und die besondere Herausforderung des Verfahrens selbst widerspiegeln (vgl. DJI 2005, S.63). Aufgrund des dringenden Bedarfs der Fortentwicklung hat das Bundesministerium ein Modellprogramm unter Federführung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) bis 2006 in Auftrag gegeben, um das Verfahren unter Mitwirkung von Jugendämtern und Freien Trägern fortzuschreiben (nähere Infos unter: [www.dji.de](http://www.dji.de)) Ein eigenständiger Bestandteil dieser Gesamtinitiative ist das Forschungs- und Modellprojekt der Universität Koblenz zur „Hilfeplanung als Kontraktmanagement“ (nähere Infos dazu unter: [www.hilfeplanverfahren.de](http://www.hilfeplanverfahren.de)).

**Fazit:** Für die Heimerziehung zeigt sich, dass die Thematik auf eine lange Geschichte zurückblicken kann und dass das Kinder- und Jugendhilfegesetz Kindern und Jugendlichen weitgehende Partizipationsrechte einräumt. In den vielen Veröffentlichungen, konzeptionellen Vorstößen und den Positionspapieren vieler Organisationen kommt zum Ausdruck, dass es einen breiten ideologischen und normativen Konsens darüber gibt, Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung anzuerkennen und zu befördern. Der Debatte ist aber eine gewisse Janusköpfigkeit nicht abzusprechen, denn in der Praxis der Heimerziehung wird Beteiligung eher als Kür, denn als Pflicht betrachtet. Sie ist abhängig vom „good will“ der Professionellen und wird nur dann umgesetzt, wenn man es sich „leisten kann“, d.h. wenn man zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen bereitstellen will oder kann. Die Gefahr besteht darum, dass Beteiligungsformen zu schmückenden Ornamenten oder Alibiveranstaltungen werden. Des weiteren ist festzustellen, dass nicht viel empirisches Material zu diesem Feld vorliegt.

### **III. Zum Stand der Forschung zur Partizipation in der Heimerziehung - Ergebnisse aktueller Studien und Entwicklungsprojekte**

Nachdem wir die wichtigsten Entwicklungslinien der Partizipationsdebatte in den Feldern der Erziehung und Bildung skizziert haben, möchten wir aus den wenigen Studien, die zum Thema Beteiligung in der Heimerziehung vorliegen, auf zentrale Befunde hin vorstellen, um daraus unseren Zugang in dem Forschungs- und Entwicklungsprojekt an der University of Applied Science Landshut herauszuarbeiten.

## **1. Partizipation im Kontext erzieherischer Hilfen – Anspruch und Wirklichkeit (DJI 2003)**

Die qualitativ angelegte Studie zum Thema Partizipation ist ein Teilprojekt einer Studie mit dem Titel „Jugendhilfe und sozialer Wandel“, die vom BMFSFJ beim Deutschen Jugendinstitut mit einer Laufzeit zwischen 2002 und 2006 in Auftrag gegeben wurde. Daten wurden mittels standardisierter Fragebögen sowie leitfadengestützter Interviews, Dokumentenanalysen und Beobachtungen erhoben. Die Ergebnisse beruhen auf 19 Interviews mit Fachkräften, einem Gruppeninterview mit mehreren Personen sorgeberechtigten sowie 7 Interviews mit Jugendlichen. Im Fokus der Studie standen Möglichkeiten der Förderung von Beteiligung durch eine strukturelle Verankerung, mögliche Hemmnisse eines Ausbaus der Beteiligung sowie die vorhandenen Vorstellungen, Erfahrungen und Haltungen bei den Fachkräften zum Thema Partizipation (nähere Infos unter: <http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=64>).

Angesichts der Fülle von Einzelergebnissen einer qualitativen Studie sei hier nur auf einige Befunde besonders hingewiesen:

Die Studie belegt, dass der Begriff „Beteiligung“ auf hohe Resonanz bei Fachkräften stößt: „Partizipation ist ein positiv besetzter Begriff, der ähnlich wie Ressourcenorientierung oder Flexibilität in der sozialen Arbeit kaum auf Widerspruch stößt“ (DJI 2003, S. 12). Dem steht gegenüber, dass die Umsetzung von Beteiligung im Alltag aber nach wie vor eher als Zugeständnis, also nicht als eine grundlegende Haltung im Hilfeprozess angesehen wird (vgl. ebd. S. 69). Das heißt, Beteiligung ist längst nicht als konzeptioneller Bestandteil in der stationären Jugendhilfe verankert: sie ist kein systematisches Kriterium (vgl. ebd. S. 36). Die ForscherInnen schreiben: „Die Empirie zeigt, dass an vielen Stellen noch keine adäquate institutionelle Verankerung einer Beteiligungskultur von Partizipation vorhanden ist.“ (ebd. S. 46)

Sie finden zudem einen Zusammenhang zwischen den eigenen Partizipationsmöglichkeiten der Fachkräfte und der Bereitwilligkeit, auch Kindern dieses Recht einzuräumen, so formulieren die ForscherInnen: „Die Offenheit für Partizipation [...] steigt an, wenn sich MitarbeiterInnen von Einrichtungen, aber auch von Jugendämtern selbst in hohem Maße an den Belangen ihrer Institution beteiligt fühlen. Daran wird sichtbar, welchen hohen Stellenwert die gesamte Kultur einer Einrichtung bei der Schaffung von Beteiligungsmöglichkeiten einnimmt.“ (ebd. S.46) Das Zugeständnis von Beteiligungsmöglichkeiten wird dann zu einer individuellen Haltungsfrage und Entscheidung im Einzelfall, denn „Je nachdem welches Bild man als Einzelne von der Kompetenz und den Handlungsmöglichkeiten der Klienten hat, wird man eine mehr

oder weniger ausgeprägte Orientierung hin zu Prinzipien wie Partizipation und Empowerment entwickeln“ (ebd. S. 48).

Aus den Interviews arbeiten die AutorInnen auch viele Begründungen der Fachkräfte heraus, warum sie Kinder nicht oder nur eingeschränkt beteiligen: „Partizipation könne zu einer Entwertung der eigenen Fachlichkeit führen“ (ebd. S. 48); „Das Prinzip der Aushandlung sei unfachlich, da man selbst schließlich die Fachlichkeit repräsentiere“ (ebd. S. 51); „Das Kind bzw. der Jugendliche könne nicht für sich entscheiden“ wegen einer besonderen „[...] Schutzbedürftigkeit der Adressaten, die eine Verantwortungsübernahme durch die Fachkraft erfordere.“ (ebd. S. 49) Belege finden sich auch, dass die Forderung nach mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als eine Umkehrung der Machtverhältnisse begriffen wird“ (vgl. ebd. S. 52).

Die Studie thematisiert auch das strukturell angelegte Machtverhältnis zwischen Professionellen und Kindern, welches erfordert, dass Kinder darin ermutigt werden müssen, ihre eigenen Wünsche und Bedürfnisse zu artikulieren. Zu dem in der Sozialen Arbeit geforderten Empowerment von KlientInnen schreiben die AutorInnen der Studie: „Es wird zu wenig unter einer Empowermentperspektive darüber nachgedacht, welche Methoden den Fachkräften zur Verfügung stehen, um Partizipationsprozesse zu initiieren.“ (ebd. S. 76)

So kann man u.a. aus dieser Teilstudie schließen, dass die Umsetzung von Beteiligung stark von der Etablierung einer Beteiligungskultur in den Institutionen abhängig ist und einen expliziten Empowermentansatz erfordert. Die Beteiligung dient aber letztlich nicht nur der Möglichkeit, Kindern ein Recht auf Beschwerden und Kritik zu geben, sondern Beteiligungskultur wollen die ForscherInnen auch verstanden wissen als „Rückgabe der Verantwortung für den eigenen Lebensweg an die Adressaten oder die gemeinsame Suche nach sinnvollen Unterstützungsmöglichkeiten (ebd. S. 53).

## **2. Entwicklungen (teil)stationärer Hilfen zur Erziehung (DJI 2005)**

Bei dieser Studie handelt es sich um eine quantitative Studie. Erhebungen wurden hier in Form einer Fragebogenbefragung von insgesamt 1.049 Einrichtungen (bereinigt: n=942) durchgeführt, die eine Rücklaufquote von 43% aufwies. Die Befragung beinhaltete neben den Themenbereichen Organisationsstruktur, Personalsituation, Fort- und Weiterbildung, Finanzen, Kooperation und Vernetzung, Hilfeplanverfahren, Qualitätsentwicklung, Evaluation, demographische Veränderungen, Elternarbeit sowie die pädagogische Ausrichtung des Angebots auch den Aspekt Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Im Bereich der Partizipation legte die Studie Schwerpunkte auf Daten zu Formen der Mitbestimmung und Beteiligung,

Umgang mit Taschengeld, Besuchsregelungen, Formen der Kritik- und Meinungsäußerung, institutionalisierte Gremien und interne Regeln (nähere Infos unter: <http://cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=64>).

Da dies Studie insgesamt die Ergebnisse der qualitativen Studie stützen, sei an dieser Stelle auf einige interessante quantitative Befunde verwiesen: So findet auch diese Studie viele Hinweise dafür, dass die Idee der Partizipation auf eine breite Akzeptanz stößt und bei denjenigen, die Beteiligung umsetzen, auch positive Erfahrungen vorliegen: „Von einer breiten Ablehnungsfront gegenüber Beteiligung ist nicht zu spüren. Die Erfahrungen mit Beteiligung werden überwiegend positiv bewertet“ (ebd. S. 41). Bei näherer Betrachtung findet sich allerdings in der Praxis eine große Diskrepanz im Hinblick auf die Umsetzungspraxis: „Insgesamt gibt es eine positive Einstellung zu der Anforderung Kinder und Jugendliche zu beteiligen; in der konkreten Umsetzung zeigen sich jedoch noch Hindernisse“ (DJI 2005, S. 40). So scheint es auch nicht verwunderlich, dass nur ein geringer Teil der Einrichtungen über institutionalisierte Beteiligungsformen verfügen, denn nur bei einem Drittel der Einrichtungen sind diese vorhanden. Die ForscherInnen schließen, dass es „[...] nur bei wenigen Einrichtungen Indizien für eine entwickelte Partizipationskultur gibt, die sich in formalisierten Gremien abbildet. So wurden nicht alle der bestehenden Gremien auch von Kindern und Jugendlichen gewählt und nur wenige der gewählten Mitglieder haben eine Schulung erhalten“ (ebd. S. 41). Eingeräumt wird aber, dass allein die Existenz von Gremien noch kein Ausdruck für eine entwickelte Partizipation ist (vgl. ebd. S. 41).

Bei der Frage, inwiefern das Thema Partizipation in der internen Qualitätsdiskussion eine Rolle gespielt hat, stoßen die ForscherInnen auf eine große Lücke. Zwar nennt die Mehrzahl der Einrichtungen (46%) Maßnahmen der Qualitätssicherung in Form von Qualitätsmanagement- oder Qualitätsentwicklungssystemen (vgl. ebd. S. 93f), aber nur 5% der Einrichtungen nennen Partizipation und Konzeptarbeit als Maßnahme der Qualitätsentwicklung (vgl. ebd. S. 94).

Die Ergebnisse lassen den bereits mehrfach erwähnten Schluss zu, dass es einen erheblichen Entwicklungsbedarf im Hinblick auf die Umsetzung einer Beteiligungskultur in der Heimerziehung gibt, die sich sowohl auf die MitarbeiterInnen wie auch auf die untergebrachten Kinder und Jugendlichen bezieht. Und nach wie vor muss man davon ausgehen, dass Partizipation eine fachliche Herausforderung für die Fachkräfte und Institutionen darstellt (vgl. ebd. S. 76).



### **3. Partizipation in der Heimerziehung – PartHe (Bayerisches Landesjugendamt 2004)**

Zwischen Februar und Juni 2003 wurden im Rahmen der vom Bayerischen Landesjugendamt in Auftrag gegebenen 'PartHe'-Studie landesweit insgesamt zehn Einrichtungen der Heimerziehung nach § 34 SGB VIII hinsichtlich der dortigen Möglichkeiten zur Kinder- und Jugendlichenpartizipation untersucht. Die explorative Studie fußt auf Interviews mit HeimleiterInnen, Gruppenbefragungen mit MitarbeiterInnen und Kindern und Jugendlichen in 10 bayerischen Einrichtungen. Im Focus standen Form und Umfang vorhandener Partizipationsmöglichkeiten, deren Formalisierungsgrad, ihre Begründung und Bewertung durch die unmittelbar in das Heimgeschehen eingebundenen Personengruppen. Exemplarisch war festzustellen, ob und welche Formen der Beteiligung praktiziert werden, im Blickpunkt des Interesses stand zudem, wie die Fachkräfte und die Leitungsebene diese Partizipationsprozesse bewerten und wovon deren Bewertung jeweils abhängt (nähere Infos dazu unter: [www.parthe.info](http://www.parthe.info)).

Um es gleich vorweg zu nehmen: auch diese Studie kommt zu einigen ernüchternden Erkenntnissen, so finden die AutorInnen viele Belege in ihren Erhebungen dafür, „[...] dass Partizipationsstrukturen, die Kindern und Jugendlichen umfassende und effektive Möglichkeiten bieten, sich im Sinne §§ 8 und 9 SGB VIII einzubringen, in der bayerischen Heimerziehung wohl eher dünn gesät sind.“ (Bayerisches Landesjugendamt 2004, S. 7) Die Studie trägt einige wichtige Beobachtungen zusammen, die sich insbesondere auf die Haltung der Fachkräfte beziehen. Hier finden die ForscherInnen, dass bei den Mitarbeitern „[...] ein sehr eingeschränktes und instrumentelles Partizipationsverständnis zum Ausdruck [kam d.A.]. In den vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten geht [...] die tatsächliche Partizipation [...] häufig nicht über die Möglichkeit zur bloßen Meinungs- bzw. Wunschäußerung hinaus.“ (ebd. S. 33) Partizipation wird als pädagogisches Prinzip angesehen, aber sie wird als ein „[...] unverbindliches Übungsfeld für angemessenes Sozialverhalten begriffen, das gar keine Konsequenzen nach sich ziehen soll [...] Die Bewohner sollen lernen, ihre Wünsche sozial angemessen zu formulieren [...], sie sollen das Gefühl haben, ernst genommen zu werden“ (ebd. S. 34) Partizipation wird somit eher zu einem Erziehungsziel, dessen Einlösung von den Kindern erwartet wird und weniger zu einem Recht, das den Kindern und Jugendlichen zusteht. Der Aspekt des Empowerments, d.h. die Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte, Kinder darin zu befördern und zu befähigen, ist nur ansatzweise zu finden.

Das Partizipationsverständnis der Kinder und Jugendlichen richtet sich auf die unmittelbaren Erfahrungen, die sie mit jeweils vorhandenen Möglichkeiten gemacht haben. Interessanter-

weise finden die ForscherInnen aber, „[...] dass sich die Kinder und Jugendlichen unter Partizipation eigentlich etwas anderes vorstellen würden, auch wenn sie dieses Andere nicht präzise benennen können“ (ebd. S. 34). Zudem glauben sie nicht daran „[...] bzw. können sich offenkundig nicht vorstellen, dass sich ihre Beteiligungsmöglichkeiten zum Besseren verändern lassen“ (ebd. S. 36).

Im Vergleich der Aussagen der verschiedenen InterviewpartnerInnen fand die Studie erhebliche Divergenzen in den Aussagen der verschiedenen Personengruppen zu Art und Umfang der vorhandenen Partizipationsmöglichkeiten und der Selbstwahrnehmung/-darstellung der verschiedenen Personengruppen. Was die Einrichtungen in ihren Konzepten festhalten, muss demnach nicht automatisch von den Kindern und Jugendlichen auch so erlebt werden.

Resümierend lässt sich auch festhalten, dass die Umsetzung von Partizipation im Heimalltag voraussetzungsreich ist.: Sie erfordert eine entsprechende Qualifikation und Professionalität auf Seiten der Fachkräfte und sie bedarf vor allem der strukturellen Verankerung. Hierzu die AutorInnen: „Partizipation kann einerseits nicht einfach durch ein paar Handgriffe eingeführt werden, sie muss gelebt werden. Ohne sorgfältige Vorbereitung wird sie allerdings nur schwer lebendig werden können“ (ebd. S. 66)

#### **4. „Erziehung braucht eine Kultur der Partizipation“ (Diakonieverbund Schweicheln e.V./FH Münster)**

Im Bereich der Praxisforschung und -entwicklung führt derzeit ein Träger der Jugendhilfe (Diakonieverbund Schweicheln e.V.) in Kooperation mit der Fachhochschule Münster ein Modellprojekt zur Umsetzung von Beteiligungsmöglichkeiten in vier Einrichtungen des Trägers durch (Laufzeit: 2003 – 2005) und das von der Stiftung Jugendmarke gefördert wird (nähere Infos unter: <http://www.ejh-sweicheln.de/di/akt/akt.html>).

Ausgangspunkt dieses von der FH Münster evaluierten und dokumentierten Projekts ist die Einsicht, dass die Umsetzung von Partizipation nur in einem Organisationsentwicklungsprozess erreicht werden kann, an dem die verschiedenen Personengruppen, die davon betroffen sind, beteiligt werden. Mit anderen Worten: eine Einrichtungskultur lässt sich nur durch einen internen systematisch gesteuerten Diskussionsprozess neu gestalten. Da noch keine detaillierten Berichte vorliegen, soll hier nur die strategische Zielrichtung aufgenommen werden: Das Entwicklungsprojekt sieht die gemeinsame Entwicklung eines "Grundrechtekatalogs" vor, der auf eine hohe Akzeptanz unter allen Beteiligten stoßen muss, die Schaffung von

"Selbstbestimmungs- und Partizipationsgremien" sowie den Aufbau eines "Beschwerdemanagements" und die gemeinsame Entwicklung von "Evaluationsinstrumenten".

Das bemerkenswerte an diesem Projekt ist, dass es deutlich macht, dass Veränderungen in Institutionen von der Leitung angeschoben werden müssen, dass sie aber im Sinne eines beteiligungsorientierten Diskussionsprozesses in der Organisation erst langsam Fuß fassen müssen, wenn sie sich zu einer langfristigen Einrichtungskultur etablieren wollen. Zu diesen Erkenntnissen kam u.a. auch die oben vorgestellte Studie des Landesjugendamtes Bayern.

Aus der Sichtung der verschiedenen Initiativen und Studien ergeben sich für uns folgende fünf zusammenfassenden Erkenntnisse:

### ***Partizipation von Kindern und Jugendlichen...***

- ... gilt in allen Bereichen der Erziehung und Bildung als große demokratische Leitidee und ist mit der zivilgesellschaftlichen Vision verbunden: „der/die mündige Bürger/in mit Engagement und Gestaltungswillen für das Gemeinwesen“.**
- ... stößt als normatives Grundprinzip auf allen gesellschaftlichen Ebenen auf hohe Akzeptanz, erfährt viel Aufmerksamkeit und ist mit großen Erwartungen verbunden.**
- ... wird von vielen Initiativen und Organisationen befördert und viele Fördermittel werden insbesondere für die Bereiche Kommunalpolitik und Schule bereitgestellt, um Modellprojekte zu initiieren und zu unterstützen, die Heimerziehung steht dabei nicht im Fokus der Aufmerksamkeit.**
- ... hat in der Heimerziehung in Deutschland eine lange Tradition und im Fachdiskurs existieren viele konzeptionelle und theoretische Ansätze dazu, Partizipation als Qualitätsmerkmal anzuerkennen und zu befördern. In der Umsetzung und auf der konkreten Handlungsebene im Heimaltag stößt die Partizipation jedoch auf einen erheblichen Entwicklungsbedarf.**
- ... ist in der Heimerziehung nur selten Forschungsgegenstand und es gibt wenig empirisches Material.**

## **IV. Zugang und Methoden des Forschungs- und Entwicklungsprojekts „Beteiligung – Qualitätsstandard in der Heimerziehung“**

### **1. Zugang des Projekts**

Der Zugang, den wir für das Projekt „Beteiligung – Qualitätsstandard für die Heimerziehung“ gewählt haben, ergibt sich aus der von uns durchgeführten Literaturrecherche und den Erkenntnissen, die wir aus den Studien gewonnen haben. In den Studien wurde deutlich, dass eine gelingende Beteiligung und der Gewährleistung und der Ausbau einer Beteiligungspraxis in der Heimerziehung einen Bottom-up-Prozess - unter „Beteiligung“ aller Betroffenen in einem Aushandlungsprozess - sowie die Befähigung und die Motivation zur Umsetzung in der Praxis voraussetzen. Beteiligung im Heimalltag zu leben, setzt auch voraus, dass Professionelle eine beteiligungsfördernde pädagogische Grundhaltung mitbringen und zu einem „Beteiligungsklima“ in der Einrichtung beitragen. Beteiligung im Heimalltag umzusetzen, erfordert zudem eine konzeptionelle Absicherung, institutionelle Rahmenbedingungen in Form von der Bereitstellung personeller, materieller und zeitlicher Ressourcen.

Diese Aspekte haben sich für uns als Indikatoren für eine gelingende Beteiligungspraxis herauskristallisiert und stellen für uns im Kontext des Projekts Analyse Kriterien wie auch Zielperspektiven unserer eigenen Forschungsaktivitäten dar. Zusammenfassend lassen sich folgende Kriterien nennen:

- **Empowerment**
- **pädagogische Grundhaltung**
- **pädagogischer Alltag**
- **konzeptionelle Festschreibung**
- **institutionelle Rahmenbedingungen**

Die oben skizzierten Studien sind Beleg dafür, dass es einen breiten ideologischen und normativen Konsens in der Heimerziehung darüber gibt, Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung anzuerkennen und zu befördern. Strittig und entwicklungsbedürftig ist jedoch die Umsetzung in die alltägliche Praxis. Außerdem bestätigen auch die Studien, dass es wenig Bemühungen gibt, Beteiligung als ein Qualitätskriterium für die Leistungserbringung anzuerkennen und es gibt noch weniger Anstrengungen, eine Definition von Qualität in der Heimerziehung aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen selbst zu formulieren. Darum besteht ein weiterer wesentlicher Zugang unseres Projektes darin, den ausgeblendeten Aspekt der Selbstdefinition einer gelingenden Beteiligungspraxis in der Heimerziehung ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit zu rücken. D.h. um Qualitätsstandards für eine gelingende Be-

teilungspraxis in der Heimerziehung festzuschreiben zu können, müssen die Adressatinnen selbst definieren, was sie unter Qualität verstehen.

Vor diesem Hintergrund verfolgt das Forschungs- und Entwicklungsprojekt seinen Zugang über den Ansatz des Rechts auf Selbstdefinition der AdressatInnen. Um Qualitätsstandards für eine gelingende Beteiligungspraxis in der Heimerziehung festzuschreiben zu können, müssen die Adressatinnen selbst definieren, was sie unter Qualität verstehen und vor allem, was die Qualität von Beteiligung aus ihrer Sicht im Alltag der Heimerziehung ausmacht.

## **2. Ziel des Projekts**

Das Ziel des deutschen Projekts mit einer vorläufigen Laufzeit von einem Jahr ist es, Qualitätsstandards für die Umsetzung von Beteiligungsrechten aus der Perspektive von Jugendlichen zu entwickeln und zu befördern. Fernziel dabei ist es, in einer Verlängerungsphase ab 2006 eine breiter angelegte quantitative Erhebung in Einrichtungen der stationären Jugendhilfe zur Verfestigung eines Katalogs von Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung durchzuführen.

Aus unserer Zielperspektive ergeben sich für uns folgende Zugangsfragen:

### **Wir wissen.**

Qualitätsstandards für Beteiligung wurde von ExpertInnen erstellt (siehe UN-Kinderrechtskonvention, Charta der Grundrechte der europäischen Union, KJHG, IGfH-Positionspapier, u.a.)

### **Unsere Frage ist darum:**

Welche Erfahrungen haben die AdressatInnen mit Beteiligung im Heimalltag?

### **Wir wissen:**

Gelingende Beteiligungspraxis in der Heimerziehung findet statt.

### **Unsere Frage ist darum:**

Wie wird sie im Sinne des good practice in den Einrichtungen umgesetzt?

### **Wir wissen:**

Gelingende Beteiligungspraxis setzt eine Beteiligungskultur innerhalb der Einrichtungen voraus.

### **Unsere Frage ist darum:**

Was sind förderliche und hinderliche Voraussetzungen für die Umsetzung von Beteiligung in der Praxis?

### **Wir wissen:**

Beteiligungspraxis kann ausgebaut werden, dafür bedarf es keiner unrealistischer Visionen.

### **Unsere Frage ist darum:**

Was sind realistische „Mindeststandards“ für eine gelingende Beteiligungspraxis in der Heimerziehung aus der Sicht der AdressatInnen?

### **3. Methoden des Projekts**

Antworten und Perspektiven versuchen wir über folgende Wege zu erschließen:

Wir recherchieren und dokumentieren „good practice“-Beispiele aus der Heimerziehung in Deutschland und haben bereits aus der bereits begonnenen umfangreichen Literaturrecherche zu diesem Themenbereich unsere Auswertungskriterien hergeleitet. In Workshops mit Jugendlichen und pädagogischen Fachkräften aus Heimen wollen wir die Erfahrungen und konkreten Erlebnisse zu einer gelingenden Beteiligung im Alltag unter Zuhilfenahme kreativer Methoden, dem story-telling eruieren und dokumentieren. Ebenso sollen die HeimleiterInnen in einem weiteren Workshop der jeweiligen Einrichtungen ihre Sicht einer gelingenden Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung mitteilen.

Darüber hinaus wollen wir Befragungen dieser drei Zielgruppen durchführen und sie nach den benannten Analysekrterien auswerten und dokumentieren.

Wir werden bei der Durchführung der Workshops auf kreative didaktische Methoden zurückgreifen und bei den Auswertungen der Interviews und der erhobenen sozialen Situationen klassische Methoden der empirischen Sozialforschung anwenden.

Aus unserer Recherche nach „good-practice“-Beispielen haben wir bereits sechs Einrichtungen aus fünf Bundesländern für die Umsetzung des Projekts gewinnen können.

Unsere Erfahrungen und Ergebnisse wollen wir in das internationale Projekt „Quality4Children“ einbringen.

Letztlich wollen wir mit unserem Entwicklungsprojekt einen Beitrag zu einem nationalen Awareness-Prozess zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung leisten, der verschiedene Gruppen in Diskussionsprozesse einbindet. Wir möchten mit unserem Projekt einen weiteren kleinen Stein ins Wasser der Partizipationsdebatte werfen, damit er Kreise zieht. Auch von unserem kleinen Stein werden Wellenbewegungen ausgehen, die sich in konzentrischen Kreisen überlagern, sich aufheben und neu formieren. Eine solche Vernetzung der Kreise könnte möglicherweise eine solide Basis für die Qualitätsentwicklung in der Heimerziehung werden.

## V. Literatur

**Adorno, Th. W. (2000):** Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt am Main

**Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe (Hrsg.) (2003):** Forum JuHi, Heft 2

**Bartscher, M. (1998):** Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik. Freiburg

**Bayerisches Landesjugendamt (Hrsg.) (2004)** AutorInnen: Babic B./Lengenmayer K.: Partizipation in der Heimerziehung – Abschlussbericht der explorativen Studie zu den formalen Strukturen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in ausgewählten Einrichtungen der stationären Erziehungshilfe in Bayern. München

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) (1998):** Positionspapier „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“

**Blandow, J./Gintzel, U./Hansbauer, P. (1999):** Partizipation als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. Münster

**Blandow, J. (1999):** Beteiligung als Qualitätsmerkmal in der Heimerziehung. In: Kriener, M./Petersen, K (Hrsg.): Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster, S. 45 - 62

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ)/Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) (Hrsg.) (2003):** Rechte haben – Recht kriegen. Ein Ratgeber nicht nur für Jungen und Mädchen in der Jugendhilfe. Weinheim, Basel, Berlin

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1999a):** Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommune – Ergebnisse einer bundesweiten Erhebung. München

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (1999b):** Partizipation ein Kinderspiel? – Beteiligungsmodell in Kindertagesstätten, Schulen, Kommunen und Verbänden. München

**Deutsche Shell Holding GmbH (Hrsg.) (2002):** Jugend 2002 – 14. Shell Jugendstudie. Frankfurt am Main

**Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (DV) (Hrsg.) (1998):** Hilfeplanverfahren und Elternbeteiligung. Evaluationsstudie eines Modellprojektes über Hilfeeindrungen von Eltern im Rahmen des KJHG. Frankfurt am Main

**Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hrsg.) (2003)** AutorInnen: Pluto L./Mamier J./van Santen E./Seckinger M./Zink G.: Partizipation im Kontext erzieherischer Hilfen – Anspruch und Wirklichkeit. Eine empirische Studie. München

**Deutsches Jugendinstitut (DJI) (Hrsg.) (2005)** AutorInnen: Gragert N./Pluto L./van Santen E./Seckinger M.: Entwicklungen (teil)stationärer Hilfen zur Erziehung – Ergebnisse und Analysen der Einrichtungsbefragung 2004. München

**Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" des Deutschen Bundestages (Hrsg.) (2002):** Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Leverkusen

**Hillig, G. (1999):** Anton Makarenko. In: Colla, H. E. u.a. (Hrsg.): Handbuch Heimerziehung und Pflegekinderwesen in Europa. Neuwied/Kriftel. S. 285 – 303

**Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) (Hrsg.) (1977):** Zwischenbericht Kommission Heimerziehung der Obersten Landesjugendbehörden und der Bundesar-

beitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Heimerziehung und Alternativen – Analysen und Ziele für Strategien. Frankfurt am Main

**Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) (Hrsg.) (2000):** Aus der Geschichte lernen: Analyse der Heimreform in Hessen (1968-1983). Frankfurt am Main

**Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) (Hrsg.) (2005):** Positionspapier Kinderrechte in der Erziehungshilfe. Frankfurt

**Kamp, J. M. (1995):** Kinderrepubliken. Geschichte, Praxis und Theorie radikaler Selbstregierung in Kinder- und Jugendheimen. Opladen

**Knauer, R./Friedrich, B./Herrmann, Th./Liebler, B. (2003):** Partizipationsprojekte mit Kindern und Jugendlichen in der Kommune. Vom Beteiligungsprojekt zum demokratischen Gemeinwesen. Leverkusen

**Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2001):** Weißbuch der Europäischen Kommission – Neuer Schwung für die Jugend Europas. Brüssel (download möglich unter: [www.weissbuch.at](http://www.weissbuch.at))

**Kriener, M./Petersen, K. (Hrsg.) (1999):** Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster

**Kriener, M. (1999):** Beteiligung als Chance für mehr Demokratie in der Heimerziehung. In: Kriener, M./Petersen, K. (Hrsg.): Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster, S. 112 – 129

**Langhanky, M. (1999):** Janusz Korczak. In: Colla, H. E. u.a. (Hrsg.): Handbuch Heimerziehung und Pflegekinderwesen in Europa. Neuwied/Kriftel. S. 275 - 283

**Marzahn, C. (1987):** Partizipation und Selbsthilfe. In: Eyfert, H./Otto, H.-U./Thiersch, H. (Hrsg.): Handbuch zur Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Darmstadt. S. 734 - 743

**Nerlich, K. (1996):** Demokratie im Verbund Kinderhaus Berlin-Mark Brandenburg. In: Forum Erziehungshilfen, Heft 4, S. 173 - 175

**Petersen, K. (2002):** Partizipation. In: Schröer, W./Struck, N./Wolff, M. (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim und München. S. 909 - 924

**Peters, D. (1999):** „Wir bewegen was“ – aus der Arbeit des Landesheimrates Hessen. In: Kriener, M./Petersen, K. (Hrsg.): Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster, S. 157 - 164

**Sohst-Westphal (1999):** „Gerechte Gemeinschaften“ – ein Mitbestimmungskonzept wirkt. Ein Modell zum Erlernen demokratischer Konfliktlösungen in der Jugendhilfe. In: Kriener, M./Petersen, K. (Hrsg.): Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Münster, S. 144 - 156

**Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. (Hrsg.) (2003):** Beteiligung ernst nehmen. München

**Urban, U. (2004):** Professionelles Handeln zwischen Hilfe und Kontrolle. Sozialpädagogische Entscheidungsfindung in der Hilfeplanung. Weinheim und München

**Winkler, M. (2000):** Diesseits der Macht. Partizipation in „Hilfen zur Erziehung“. Annäherungen an ein komplexes Problem. In: Neue Sammlung, S. 187 - 209

**Wolf, K. (1999):** Machtprozesse in der Heimerziehung. Münster

**Wolff, M. (1995):** Gespräche mit Sefi Steffen und Horst Schaletzki über die Arbeit des Landesheimrates in Hessen. In: Forum Erziehungshilfen, Heft 1, S. 9 - 15